

## Anträge

### Inhaltsverzeichnis

#### A - Lübecker Erklärung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · <i>Empfehlung</i>	Seite
A01	<b>Lübecker Erklärung</b> DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	7

## B - Gute Arbeit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen</i>	9
B02	Einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst sichern DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	12
B03	Ausbildungsfonds als Bremer Modell bundesweit etablieren IGBCE Nord <i>angenommen als Material zu Antrag B01</i>	14
B04	Duales Studium stärken IGBCE Nordost <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	15
B05	Gesellinnenbrief zum Standard machen DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	16
B06	Recht auf Vollzeit schaffen! DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord <i>angenommen</i>	17
B07	Gleichberechtigung von Frauen und Männern schon bei der Bekanntgabe der Schwangerschaft im Betrieb IGBCE Nord <i>angenommen als Material an DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord</i>	18
B09	Einführung der Familienstartzeit DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	19
B10	Gute und sichere Arbeitsbedingungen für alle - Heraus zum Workers Memorial Day! DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen</i>	20

## C - Transformation, Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · <i>Empfehlung</i>	Seite
C01	Den sozial-ökologischen Wandel im Norden gestalten DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	21
C02	Fördermittelbereitstellung für die Umsetzung der EU-Trinkwasser- und Kommunalabwasserrichtlinie in der Wasserwirtschaft IGBCE Nordost <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	24

## D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D01	In Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge investieren DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	25
D02	Förderung der Ausbildung in den Berufen der Kinderbetreuung zur Verbesserung der Erwerbssituation bei Arbeitnehmer*innen. IGBCE Nord <i>angenommen als Material zu Antrag D01</i>	27
D07	Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland Vorstand DGB Hamburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	28
D12	Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters für langjährige Schichtarbeiter IGBCE Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	29
D13	Die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung sichern – solidarische Finanzierung stärken ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg <i>angenommen</i>	30
D14	Einführung einer Pflegevollversicherung DGB-Kreisverband Vorpommern-Greifswald <i>angenommen</i>	31
D16	Psychische Gesundheit stärken – Stigmatisierung beenden, Versorgung ausbauen DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen</i>	32

## E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E 01	Für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Demokratie stärken, rechte Hetze stoppen DGB-Bezirksvorstand Nord <i>angenommen</i>	33
E 02	Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland Vorstand DGB Hamburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	35
E 03	Streichung des §218 StGB! DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	36
E 04	Einführung flexibler Zeitkontingente für das Ehrenamt IGBCE Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	37
E 05	Wissen ist kein Luxus - Mecklenburg-Vorpommern braucht Bildungsurlaub! DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen</i>	38
E 06	„Gewalt an Schulen gemeinsam bekämpfen“ GEW Schleswig-Holstein, ver.di Nord <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	39
E 07	Kinder und Jugendliche gegen Hate-Speech und Fake News stark machen DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord <i>angenommen</i>	41
E 08	Verfassunggerichte schützen! DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord <i>angenommen</i>	42
E 09	Für Frieden und gegen Wehr- und Pflichtdienst! DGB-Bezirksjugendausschuss Nord <i>angenommen</i>	43

## I - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I01	Hände weg vom JArbSchG [REDACTED] (NGG) <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	44

## Antrag A01: Lübecker Erklärung

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksvorstand Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Lübecker Erklärung
Antragsblock:	Aufruf A01 - Lübecker Erklärung

### 1 Lübecker Erklärung

#### 2 Stärker mit uns – Gute Arbeit. Starke Wirtschaft. Soziale Sicherheit.

3 Aktuell stehen wir vor einer Vielzahl wirtschaftlicher und gesellschaftlicher  
4 Herausforderungen. Der Verlust von Industriearbeitsplätzen, eine zunehmend marode  
5 Infrastruktur – sowohl im Verkehrsbereich als auch im sozialen Sektor – sowie die  
6 wachsende gesellschaftliche Polarisierung fordern uns heraus und verlangen  
7 entschlossene und solidarische Antworten.

8 Gleichzeitig erleben wir, dass bei den Schwächsten gespart werden soll, statt die  
9 Starken in die Pflicht zu nehmen. Der Sozialstaat wird massiv angegriffen und  
10 gewerkschaftlich erkämpfte Errungenschaften stehen unter Druck. Der 8-Stunden-Tag,  
11 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder eine Absicherung im Falle von  
12 Arbeitslosigkeit werden infrage gestellt.

#### 13 Sozialstaat und Arbeitnehmer\*innenrechte verteidigen

14 Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Angriffe auf den Sozialstaat und die  
15 Rechte der Arbeitnehmer\*innen. Der Sozialstaat ist ein zentraler Pfeiler unseres  
16 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Er hat uns durch viele Krisen getragen und schafft  
17 soziale Sicherheit. Arbeitnehmer\*innenrechte, die durch die Gewerkschaften erkämpft  
18 wurden, sichern gute Arbeit und ein gutes Leben. Diese Errungenschaften müssen  
19 geschützt und weiterentwickelt werden – nicht ausgeöhlt.

#### 20 Starke Gewerkschaften als Stabilitätsanker

21 Gerade in dieser Zeit braucht es starke Gewerkschaften als Stabilitätsanker in einer  
22 sich wandelnden Welt. Betriebliche Mitbestimmung und Tarifverträge sichern nicht nur  
23 faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen, sie ermöglichen Beschäftigten auch, ihre  
24 Arbeitswelt aktiv mitzugestalten. Mitbestimmte und tarifgebundene Betriebe sind  
25 nachweislich produktiver, innovativer und besser für die Zukunft gerüstet.

26 Die zunehmenden Angriffe auf Mitbestimmung und die wachsende Tarifflucht vieler  
27 Unternehmen verurteilen wir entschieden. Arbeitgeber und Politik müssen sich klar und  
28 unmissverständlich zur betrieblichen Mitbestimmung und zu Tarifverträgen bekennen.  
29 Die Einführung von Tariftreuegesetzen auch für Hamburg und Schleswig-Holstein bleibt  
30 unser gemeinsames Ziel.

#### 31 Industriepolitik für den Norden

32 Anstatt den Sozialstaat und die Rechte von Arbeitnehmer\*innen infrage zu stellen,  
33 erwarten wir, dass Arbeitgeber und Politik ihrer Verantwortung gerecht werden: Sie  
34 müssen Rahmenbedingungen schaffen, die den Erhalt und die Schaffung guter  
35 Arbeitsplätze sichern. Nicht die Beschäftigten tragen Schuld am Arbeitsplatzabbau,  
36 sondern fehlende unternehmerische Strategien und unzureichende politische

37 Weichenstellungen.

38 Deshalb fordern wir eine länderübergreifende Strategie zur Stärkung der Industrie im  
39 Norden. Diese Strategie muss Arbeitsplätze sichern, neue schaffen und die  
40 Energiewende sozial gerecht gestalten. Die Transformation darf weder auf Kosten  
41 derjenigen gehen, die ohnehin wenig haben, noch darf sie industrielle Wertschöpfung  
42 und Zukunftschancen gefährden.

#### 43 **Öffentliche Daseinsvorsorge stärken**

44 Eine funktionierende Daseinsvorsorge mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst  
45 schafft Vertrauen, stärkt den sozialen Zusammenhalt und verbessert die  
46 Lebensqualität. Wenn Busse zuverlässig fahren, gute Kitas, Schulen und Krankenhäuser  
47 vorhanden sind und die innere Sicherheit gewährleistet ist, verbessert das die  
48 Lebensbedingungen der Menschen – und damit die Zukunftsfähigkeit des Nordens. Wir  
49 fordern daher massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den  
50 öffentlichen Dienst.

#### 51 **Zukunft durch Aus- und Weiterbildung sichern**

52 Die Ausbildung junger Menschen ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer  
53 Region. Gute Ausbildung schafft Perspektiven und Fachkräfte. Die sinkenden  
54 Übernahmequoten und die wachsende Verunsicherung junger Menschen sind alarmierend.  
55 Wir fordern daher die konsequente Umsetzung der Ausbildungsgarantie und die  
56 Einführung eines Ausbildungsfonds nach Bremer Vorbild in allen Nordländern.  
57 Weiterbildung vermittelt neue Fähigkeiten und gibt Beschäftigten Sicherheit und  
58 Zuversicht im Wandel.

#### 59 **Demokratie und Zusammenhalt verteidigen**

60 Gute Arbeit, starke Wirtschaft, soziale Sicherheit – dies sind unsere gemeinsamen  
61 Ziele für alle Menschen. Der zunehmende Erfolg rechtsextremer Kräfte, die Hass und  
62 Spaltung säen sowie Frauenrechte und Vielfalt in der Gesellschaft infrage stellen,  
63 bedroht unsere Demokratie. Wir treten dieser Entwicklung entschieden entgegen.  
64 Solidarität, Zusammenhalt und Demokratie sind untrennbare Werte unserer  
65 Gewerkschaftsbewegung – eine Zusammenarbeit mit Antidemokrat\*innen schließen wir aus.

#### 66 **Starke Gewerkschaften für einen starken Norden**

67 Stärker mit uns – Gute Arbeit. Starke Wirtschaft. Soziale Sicherheit. Unter diesem  
68 Motto kommt die Bezirkskonferenz heute zusammen. Wir machen sehr deutlich: Die  
69 Gewerkschaften haben Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit! Nur mit  
70 starken Gewerkschaften machen wir den Norden zu einem starken Norden!

## Antrag B01: Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksvorstand Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	B03
Sachgebiet:	B - Gute Arbeit
Antragsblock:	Aufruf B01 - Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern

- 1 Der DGB Bezirk Nord wird sich für Gute Arbeit und Gute Aus- und Weiterbildung als  
2 Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe und wirtschaftliche Stabilität einsetzen.  
3 Angesichts der anhaltenden Rezession, der Herausforderungen durch die notwendige  
4 Transformation unserer Wirtschaft sowie der gleichzeitigen Fachkräfteengpässe ist die  
5 Bedeutung guter Arbeitsbedingungen, der Sicherung von Beschäftigung sowie der  
6 Stärkung der betrieblichen Aus- und Weiterbildung größer denn je. Dabei leitet uns  
7 als Gewerkschaften der Grundgedanke der Solidarität. Wir dürfen junge Menschen ohne  
8 Berufsabschluss nicht verloren geben, müssen die Teilhabe von Menschen mit  
9 Behinderung ermöglichen, prekäre Beschäftigung und Lohndumping verhindern, die  
10 gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung und faire Aufteilung von Sorgearbeit zwischen  
11 Frauen und Männern ermöglichen, Beschäftigte gesund bis zur Rente halten und faire  
12 Migration in den Arbeitsmarkt sicherstellen. Die Stärkung von Tarifbindung und  
13 betrieblicher Mitbestimmung sind für uns der Schlüssel für eine Verbesserung der  
14 Arbeitsbedingungen sowie der Aus- und Weiterbildung.
- 15 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden insbesondere
- 16 • gegenüber Arbeitgebenden und ihren Verbänden für eine auf Flächentarifverträge  
ausgerichtete, die Tarifbindung stärkenden Tarifpolitik eintreten. Nur so lässt  
sich Fachkräfteengpässen und Transformationsanforderungen wirksam begegnen.
  - 17 • von den norddeutschen Landesregierungen konkrete Maßnahmen für eine Erhöhung der  
Tarifbindung und eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung fordern.
  - 18 Unternehmensverbände, die nicht tariflich gebundene Unternehmen vertreten,  
dürfen keine gleichberechtigten Gesprächspartner der Landespolitik sein
  - 19 • die Anwendung von Tarifverträgen als Voraussetzung für die Vergabe von  
öffentlichen Aufträgen und Zuwendungen sowie als Maßstab für  
Haushaltsaufstellung und Gesetzgebung einfordern. Die Bundesländer sind dazu  
aufgefordert, dem Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern folgend, wirksame  
Tariftreuegesetze zu verabschieden. Mit diesen Gesetzen sollen sie sich dazu  
verpflichten, mindestens das in einem im Bundesland anwendbaren und mit einer  
tariffähigen Gewerkschaft geschlossenen Tarifvertrag vereinbarte Tarifentgelt  
nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und die tariflich  
vereinbarten weiteren Leistungen zu gewähren. Bundesratsinitiativen zur Stärkung  
der Tarifbindung und Mitbestimmung sind zu initiieren bzw. zu unterstützen.
  - 20 • sich einsetzen für gute Arbeitsbedingungen. Dabei fordern wir in der Debatte um  
Fachkräfteengpässe auch eine Priorisierung von Maßnahmen zur Stärkung des

- 35 Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Dazu gehören die Sicherung bzw. der Ausbau der  
36 staatlichen Arbeitsschutzbehörden, mit dem Ziel, die ab 2026 geltende  
37 Mindestbesichtigungsquote einzuhalten.
- 38 • auf regelmäßige Landesberichte über die Arbeitsbedingungen auf Basis des Index  
39 Gute Arbeit sowie für Hamburg und Schleswig-Holstein die jährliche Teilnahme am  
40 IAB-Betriebspanel drängen, damit besondere Problemfelder und Veränderungen auf  
41 Landesebene sichtbar werden.
- 42 • die Diskussion über die Umverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit weiter  
43 vorantreiben. Frauen muss eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt  
44 ermöglicht werden. Eine bedarfsgerechte qualitativ hochwertige  
45 Betreuungsinfrastruktur ist dafür Voraussetzung.
- 46 • Angriffen auf die gesetzlich geltenden täglichen Höchstarbeitszeitgrenzen auf  
47 allen politischen Ebenen entschieden entgegentreten. Der 8-Stunden-Tag ist  
48 arbeitsmedizinisch gut begründet. Überlange Arbeitszeiten machen krank und  
49 erhöhen das Unfallrisiko deutlich. Diese negativen Folgen im Falle einer  
50 Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes werden wir auch öffentlich deutlich machen.  
51 Wir fordern stattdessen eine Stärkung der Arbeitszeitsouveränität und  
52 Arbeitszeitmodelle, die zum Leben und den Bedürfnissen der Beschäftigten passen.
- 53 • für einen inklusiven Arbeitsmarkt eintreten. Arbeitgebende müssen ihrer  
54 gesetzlichen Beschäftigungspflicht tatsächlich nachkommen und mehr Menschen mit  
55 Behinderung die Möglichkeit geben, ihre Qualifikationen und Fähigkeiten in den  
56 Unternehmen einzubringen. Bundesländer und Kommunen stehen als Schulträger in  
57 der Pflicht, allgemeinbildende und berufliche Schulen inklusiv und barrierefrei  
58 zu gestalten.
- 59 • sich für die Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie und eine entsprechende  
60 Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes sowie Maßnahmen zur Steigerung der  
61 Tarifbindung einsetzen.
- 62 • effektive und verdichtete Kontrollen der Einhaltung gesetzlicher,  
63 vergabespezifischer oder tariflicher Mindestlöhne sowie gesetzlicher Vorgaben zu  
64 Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen einfordern. Dabei muss die Koordinierung der  
65 verschiedenen Kontrollinstanzen (Zoll, Gewerbeaufsicht, Arbeitsschutzbehörden,  
66 Jobcenter, Arbeitsagenturen, Sozialversicherungen etc.) durch die Länder  
67 verstärkt werden.
- 68 • sich gegenüber den Landesregierungen für die Initiierung und Unterstützung von  
69 Bundesratsinitiativen einsetzen, die gemäß den Beschlüssen des DGB-  
70 Bundeskongresses geeignet sind, prekäre Beschäftigung zurückzudrängen und alle  
71 Beschäftigungsformen, insbesondere Minijobs oder Soloselbstständige, vollständig  
72 in die Sozialversicherungssysteme einzubeziehen. Die Abschaffung sachgrundloser  
73 Befristungen und die Zurückführung von Werkverträgen und Leiharbeit auf ihren  
74 Kern bleiben unser klares Ziel.
- 75 • gegenüber den Arbeitgebenden eine Erhöhung des Angebots und der Qualität von  
76 Ausbildungsstellen einfordern. Dafür fordert der DGB weiterhin einen auf den  
77 jeweiligen Landesebenen installierten Zukunftsfonds für eine echte  
78 Ausbildungsgarantie nach dem Vorbild Bremens. Der Übergang von der Schule in den  
79 Beruf muss durch wirksame Maßnahmen verbessert werden, mit dem Ziel die Zahl

junger Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung zu verringern. Von den Landesregierungen und den Schulträgern erwarten wir die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen in der dualen und volsschulischen Ausbildung. Dazu gehört eine zukunftsfähige Berufsschullandschaft, die eine möglichst ortsnahen und qualitativ hochwertige Beschulung ermöglicht. Die Fördermittel aus dem Bundesprogramm Junges Wohnen sind mindestens zur Hälfte für den Bau von Wohnraum für Auszubildende und für den Ausbau von Internatsplätzen an Berufsschulstandorten zu verwenden.

- eintreten für die Stärkung der betrieblichen und außerbetrieblichen Weiterbildung durch ein Recht auf Weiterbildung und die Einführung eines Freistellungsanspruches. Um finanzielle Einbußen aufgrund von Weiterbildung zu vermeiden, muss die finanzielle Förderung durch Einführung einer Bildungszeit bzw. Bildungsteilzeit sowie einer Ausweitung des Aufstiegs-Bafög verbessert werden. Eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung bei Weiterbildungen sowie die Verankerung der Weiterbildungsförderung in Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen ist unser Ziel. Wir werden die Länder dazu auffordern, den Ausbau der Weiterbildungsberatung für Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte voranzutreiben und eigene Förderangebote für abschlussorientierte Weiterbildungen auf den Weg zu bringen.
- sich einsetzen für die Aufwertung sozialer Dienstleistungsberufe, insbesondere in den oft von Frauen dominierten und aus öffentlichen Mitteln finanzierten Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen durch entsprechende Haushaltsaufstellungen.
- den flächendeckenden Ausbau der Information, Beratung und Unterstützung ausländischer Beschäftigter, Weiterbildungsinteressierter sowie von Angeboten für Beschäftigte und Betriebs- und Personalräte zum Schutz vor gesundheitlichen Belastungen in den Betrieben durch Landesmittel in den Ländern vorantreiben. Die Finanzierung solcher Projekte muss langfristig, verlässlich und auskömmlich sein.

109

## Antrag B02: Einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst sichern

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksvorstand Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Gute Arbeit
Antragsblock:	Aufruf B01 - Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern

- 1 Ein handlungsfähiger Staat und ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst sind zentrale  
2 Voraussetzungen für eine soziale und nachhaltige Politik. Der öffentliche Dienst  
3 setzt Rahmenbedingungen für ein gutes Leben der Bürgerinnen und Bürger sowie für  
4 einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst  
5 gewährleisten täglich in unseren Schulen, Hochschulen, Kommunen, bei der Polizei,  
6 Feuerwehr, in der Justiz, Steuerverwaltung und in zahlreichen weiteren Dienststellen  
7 Rechtsstaatlichkeit, Daseinsvorsorge, Bildung, Sicherheit und Gemeinwohlorientierung.  
8 Einem handlungsfähigen Staat kommt eine zentrale Bedeutung dabei zu, das Vertrauen  
9 der Bürgerinnen und Bürger in eine funktionierende Demokratie zu erhalten und  
10 demokratiefeindlichen Bestrebungen zu begegnen. Eine wehrhafte Demokratie braucht  
11 einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst.
- 12 Der DGB Bezirk Nord wird sich als Dachverband der Gewerkschaften und als  
13 Spitzenorganisation der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in den drei Ländern  
14 Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern deshalb gegenüber der  
15 Landespolitik konsequent für einen handlungsfähigen und attraktiven öffentlichen  
16 Dienst einsetzen. Eine zentrale Rolle nehmen hierbei gute und attraktive  
17 Arbeitsbedingungen ein. Um diese Ziele zu erreichen, wird der DGB Nord sowohl die  
18 gesetzlich verankerten beamtenrechtlichen Beteiligungsrechte als auch die  
19 Vereinbarungsrechte im Rahmen der ressortübergreifenden Mitbestimmung nach dem  
20 Personalvertretungsrecht aktiv nutzen.
- 21 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden insbesondere  
22 • gegenüber den Landesregierungen für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst  
23 eintreten. Um die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu sichern, sind  
24 sowohl eine offensive Ausbildungs- und Einstellungspolitik als auch  
25 kontinuierliche Maßnahmen zur Sicherung der Attraktivität erforderlich. Hierzu  
26 gehören beispielsweise ein durchlässiges Laufbahnrecht sowie Möglichkeiten des  
27 Aufstiegs und der Beförderung.  
28 • im Anschluss an die Tarifrunden für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes  
29 der Länder die Landesregierungen zur zeit- und wirkungsgleichen Übertragung auf  
30 die Besoldung und Versorgung der Beamt\*innen der Länder und Kommunen auffordern.  
31 Die im Rahmen der Tarifverhandlungen gefundenen Einigungen müssen Maßstab für  
32 die Anpassung der Besoldung und Versorgung sein. In Hamburg ist die Ende 2025  
33 auslaufende Angleichungszulage zu entfristen und in die Tabelle einzubauen.  
34 • auf Basis der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes eine amtsangemessene  
35 Alimentation der Beamt\*innen sowie ihrer Familien einfordern. Die  
36 Landesregierungen sind dabei in der Pflicht, die amtsangemessene Alimentation  
37 regelmäßig zu prüfen und nachzuweisen.

- 38 • im Rahmen der Beteiligungsverfahren zur Anpassung der Besoldung und Versorgung  
39 auch in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern die regelmäßige Dynamisierung von  
40 Zulagen und die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei-,  
41 Feuerwehr- und Justizvollzugszulage anmahnen.
- 42 • in die Diskussion um die Ausgestaltung der Beihilfe weiterhin die Forderung nach  
43 einer Wahlmöglichkeit zwischen der klassischen Beihilfe und einem Zuschuss zur  
44 freiwilligen Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zum  
45 Zeitpunkt der Verbeamtung einbringen („Hamburger Modell der pauschalen  
46 Beihilfe“). Die bisherige Benachteiligung von freiwillig in der GKV versicherten  
47 Beamten\*innen ist zu beenden.
- 48 • weiterhin für eine Reduzierung der regelmäßigen Arbeitszeit der Beamten\*innen auf  
49 das Niveau der Arbeitszeit der Tarifbeschäftigte eintreten, dazu gehört auch  
50 eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte.
- 51 • sich insbesondere im Bereich der Schulen für die Schaffung einer  
52 flächendeckenden Arbeitszeiterfassung einsetzen. Auf deren Basis ist ein  
53 Arbeitszeitmodell zu entwickeln, das die realen Zeitverhältnisse und Belastungen  
54 der Lehrkräfte abbildet.
- 55 • darauf hinwirken, dass gesunde Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst  
56 gewährleistet werden. Hierzu gehört beispielsweise eine Reduzierung der in  
57 vielen Bereichen zunehmenden Belastungen und die Umsetzung eines umfassenden  
58 Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Sinnvolle Maßnahmen hierbei sind u.a. die  
59 Einführung einer Personalbemessung und eine umfassende Aufgabenkritik in allen  
60 Bereichen des öffentlichen Dienstes. Lehrkräften sind von außerunterrichtlichen  
61 Tätigkeiten durch die flächendeckende Einstellung von Schulverwaltungskräften zu  
62 entlasten.
- 63 • die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes weiter  
64 thematisieren. Mit den öffentlichen Arbeitgebern und Dienstherrn sind geeignete  
65 Maßnahmen zu entwickeln, um dem Problem zu begegnen.
- 66 • auf eine weitere Stärkung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst im Rahmen der  
67 Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts der norddeutschen Länder  
68 hinarbeiten.
- 69 • die Interessen der Beschäftigten im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung  
70 des öffentlichen Dienstes weiterhin mit Hilfe der Vereinbarungsrechte in Hamburg  
71 und Schleswig-Holstein wahren.

## Antrag B03: Ausbildungsfonds als Bremer Modell bundesweit etablieren

Antragsteller*in:	IGBCE Nord
Status:	angenommen als Material zu Antrag B01
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag B01
Sachgebiet:	B - Gute Arbeit
Antragsblock:	Aufruf B01 - Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern

- 1 dass sich die IGBCE politisch dafür einsetzt, die Umsetzung eines solchen  
2 Ausbildungsfonds nach Bremer Modell bundesländerübergreifend voranzutreiben. Außerdem  
3 möge die IGBCE prüfen, inwieweit sich beispielsweise ein branchenspezifischer  
4 Ausbildungsfonds tariflich umsetzen ließe und dieses in den Tarifkommissionen zu  
5 diskutieren.
- 6 Seit Jahren klagen Unternehmen und Verbände in Deutschland über den Fachkräftemangel  
7 und darüber, dass dieser zu einem echten Risiko für den Wirtschaftsstandort  
8 Deutschland werden könne. Und wir erleben bereits, dass Unternehmen in  
9 Schwierigkeiten kommen, weil sie nicht genügend Fachpersonal finden. Gleichzeitig  
10 bleiben Ausbildungsplätze frei, weil die Unternehmen Bewerber\*innen  
11 „Ausbildungsunfähigkeit“ attestieren. Um dem entgegenzuwirken hat das Bundesland  
12 Bremen im Jahr 2023 das Gesetz zur Errichtung eines Ausbildungsunterstützungsfonds  
13 beschlossen. Dieses regelt, dass alle Betriebe im Land Bremen mit einer  
14 Arbeitnehmerbruttolohnsumme von mindestens 135.000 Euro jährlich in den  
15 Ausbildungsfonds einzahlen. Diejenigen Betriebe wiederum, die ausbilden, erhalten pro  
16 Auszubildenden und Jahr einen bestimmten Betrag aus dem Fonds zurück. Darüber hinaus  
17 besteht die Möglichkeit, mit Mitteln aus dem Fonds Ausbildungsunterstützung zu  
18 gewährleisten, bspw. in Form von Unterstützung für Auszubildene, Prüfungsvorbereitung  
19 etc. zu finanzieren. Dies ist insbesondere für kleine und mittelständische  
20 Unternehmen und Betriebe ein Vorteil, die solche Unterstützung für ihre  
21 Auszubildenden sonst schwer leisten können.
- 22 Der Ausbildungsfonds wurde ins Leben gerufen, um sowohl die Qualität als auch die  
23 Quantität der Ausbildung im Land Bremen sicherzustellen. Durch Mittel aus dem  
24 Ausbildungsfonds können Unternehmen einerseits Unterstützung bekommen, überhaupt  
25 Azubis zu bekommen bspw. durch Werbung für ihr Unternehmen auf Social Media.  
26 Andererseits wird ihnen ermöglicht, Azubis mit besonderen Bedarfen bspw.  
27 Sprachbarrieren, einzustellen, deren Unterstützung sie allein nicht sicherstellen  
28 könnten.
- 29 Dadurch kann sichergestellt werden, dass wieder mehr Fachkräfte ausgebildet werden,  
30 um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Gleichzeitig kann jungen Menschen, denen sonst  
31 keine Möglichkeit zur Ausbildung geboten werden würde, eine Ausbildung und die  
32 entsprechende Unterstützung, diese Ausbildung erfolgreich abzuschließen, angeboten  
33 werden.

## Antrag B04: Duales Studium stärken

Antragsteller*in:	IGBCE Nordost
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Gute Arbeit
Antragsblock:	Aufruf B01 - Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung für die Zukunft sichern

- 1 Wir fordern, dass der DGB sich auf allen Ebenen dafür einsetzt, dass mehr
- 2 tarifgebundene und qualitativ hochwertige duale Studienplätze von den Unternehmen und
- 3 Hochschulen angeboten werden.
- 4 Ziel aller Aktivitäten muss eine rechtliche Gleichbehandlung von dual Studierenden
- 5 mit den dualen Auszubildenden sein.

## Antrag B05: Gesellinnenbrief zum Standard machen

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksjugendausschuss Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Gute Arbeit
Antragsblock:	Aufruf B05 - Gesellinnenbrief zum Standard machen

- 1 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern setzt sich dafür ein, dass es zum Standard wird, werdende Gesellinnen und Gesellen ihren gewünschten Geschlechtern entsprechende **Gesellinnen- bzw. Gesellenbriefe** auszustellen, ohne dass dafür ein zusätzlicher Antrag erforderlich ist. Dies sollte auch für Meisterinnen- bzw. Meisterbriefe gelten.
- 7 Perspektivisch sollte ein **Gesell\*innenbrief** ermöglicht werden, um repräsentativer für alle Geschlechter zu werden.

## Antrag B06: Recht auf Vollzeit schaffen!

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Gute Arbeit
Antragsblock:	Aufruf B05 - Gesellinnenbrief zum Standard machen

- 1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden
- 2 aufgefordert, sich für das Recht auf Vollzeit und für eine bessere Durchlässigkeit
- 3 von Teilzeit auf Vollzeit zu gehen, einzusetzen. Regelung soll auch in Betrieben mit
- 4 weniger als 45 Beschäftigten gelten.

## Antrag B07: Gleichberechtigung von Frauen und Männern schon bei der Bekanntgabe der Schwangerschaft im Betrieb

Antragsteller*in:	IGBCE Nord
Status:	angenommen als Material an DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord
Sachgebiet:	B - Gute Arbeit
Antragsblock:	Aufruf B05 - Gesellinnenbrief zum Standard machen

- 1 Frauen sehen sich häufig mit negativen Konsequenzen konfrontiert, wenn sie eine
- 2 Schwangerschaft bekannt geben. Es braucht politische, gesellschaftliche und
- 3 betriebliche Maßnahmen, um diesem Missstand entgegen zu wirken. Die
- 4 andesbezirksdelegiertenkonferenz Nord möge beschließen, dass die IGBCE folgende
- 5 Maßnahmen unterstützt und sowohl politisch als auch in Abstimmung mit der Tätigkeit
- 6 der Einzelgewerkschaften aktiv vorantreibt:
  - 7 1. Entwicklung und Durchsetzung von rechtlichen Vorgaben oder Richtlinien, die die
  - 8 Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Bezug auf Schwangerschaft, Elternzeit und
  - 9 berufliche Wiedereingliederung gewährleisten.
  - 10 2. Einführung von Sensibilisierungsprogrammen für Führungskräfte und
  - 11 Mitarbeiter\*innen, um die Bedeutung der Vaterrolle im betrieblichen Kontext
  - 12 hervorzuheben und Männer zu ermutigen, ihre Elternzeit in Anspruch zu nehmen.
  - 13 3. Unterstützung und Förderung von betrieblichen Angeboten zur besseren Vereinbarkeit
  - 14 von Beruf und Familie für beide Geschlechter. Mit diesen Maßnahmen wollen wir einen
  - 15 entscheidenden Schritt in Richtung einer gerechteren und gleichberechtigteren
  - 16 Arbeitswelt gehen, in der Männer und Frauen gleichermaßen ihre Elternrolle ausüben
  - 17 können, ohne berufliche Nachteile zu erfahren.
- 18 Der Antrag zielt auf eine politische Maßnahme im Bezirk (Niedersachsen / Bremen
- 19 /Sachsen-Anhalt) und beinhaltet eine politische Forderung an die Landesregierung, d.
- 20 h., dass die politische Führung der IGBCE des LB Nord als auch die IGBCE insgesamt
- 21 hier auf die Politik in dieser von uns gewünschten Weise einwirken.

## Antrag B09: Einführung der Familienstartzeit

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Gute Arbeit
Antragsblock:	Aufruf B05 - Gesellinnenbrief zum Standard machen

1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Nord unterstützt die Umsetzung der sogenannten  
2 Familienstartzeit –einer zweiwöchigen vergüteten Freistellung nach der Geburt eines  
3 Kindes, in der Regel für das zweite Elternteil – als Maßnahme zur besseren  
4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Umverteilung von Sorgearbeit. Die  
5 Einführung ergibt sich aus der EU-Vereinbarkeitsrichtlinie (Richtlinie (EU)  
6 2019/1158), die von Deutschland bislang nicht umgesetzt wurde. Diese Versäumnisse  
7 dürfen nicht auf Landesebene fortgesetzt werden.

8

9 Landesgesetzgeber in die Verantwortung nehmen  
10 Angesichts der Blockade bei der Einführung eines Familienstartzeitgesetzes auf  
11 Bundesebene appelliert der DGB Bezirk Nord an die Länder Mecklenburg-Vorpommern,  
12 Hamburg und Schleswig-Holstein eigenständig Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere  
13 für Beamt\*innen im Landesdienst muss jetzt ein positives Signal für Gleichstellung,  
14 Familienfreundlichkeit und moderne Personalpolitik gesetzt werden und die  
15 Familienstartzeit für Beamt\*innen verankert werden.  
16 Außerdem fordert der DGB Nord die Landesregierungen auf, sich auf Bundesebene für die  
17 Einführung der Familienstartzeit für alle Beschäftigten einzusetzen.

18

19

## Antrag B10: Gute und sichere Arbeitsbedingungen für alle - Heraus zum Workers Memorial Day!

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksjugendausschuss Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Gute Arbeit

- 1 Um unseren verunfallten Kolleg\*innen - ob erkrankt, verletzt oder verstorben - zu gedenken, aber auch um ein deutliches Zeichen für gute und sichere Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu setzen, beteiligt sich der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften am internationalen Gedenktag, dem „Workers Memorial Day“. Dieser wird jedes Jahr am 28. April begangen. Der DGB Nord setzt sich für eine gewerkschaftsübergreifende Zusammenarbeit ein, mit dem Ziel den Tag im gesamten Norden, in allen Regionen zu etablieren.

## Antrag C01: Den sozial-ökologischen Wandel im Norden gestalten

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksvorstand Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Transformation, Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik
Antragsblock:	Aufruf C01 - Den sozial-ökologischen Wandel im Norden gestalten

- 1 Digitalisierung, demographischer Wandel und Dekarbonisierung beschleunigen einen  
2 tiefgreifenden Wandel, der Menschen, Regionen und Wirtschaftsstrukturen unter enormen  
3 Veränderungsdruck setzt. Die vielfältigen Krisen der vergangenen Jahre und der  
4 Rückfall in politische und wirtschaftliche Renationalisierung und Abschottung haben  
5 zudem die Rahmenbedingungen für politische Gestaltung in unserer Gesellschaft und  
6 Wirtschaft bedeutend verändert.
- 7 Deutschland hat jedoch alle Voraussetzungen, die aktuellen Herausforderungen gut zu  
8 bewältigen. Gut ausgebildete Beschäftigte und ein demokratischer handlungsfähiger  
9 Sozialstaat sind die wichtigsten Standortvorteile unseres reichen Landes. Der DGB und  
10 Mitgliedsgewerkschaften übernehmen auch in schwierigen Zeiten Verantwortung.
- 11 Wir können hier im Norden Deutschlands der Welt zeigen, dass Wachstum, soziale  
12 Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Gleichstellung und Vielfalt, die Sicherung und der  
13 Aufbau von Guter Arbeit und industrieller Wertschöpfung sowie Klimaschutz und  
14 Ressourcenschonung keine Widersprüche sein müssen. Eine solche weltweit sichtbare  
15 Modellregion wäre ein unverzichtbares Positivbeispiel für die Bemühungen um global  
16 wirksamen Klimaschutz, für die Sicherung der planetaren Lebensgrundlagen.
- 17 Hier im Norden kommt alles zusammen: Viel erneuerbare Energie, große Import- und  
18 Speichermöglichkeiten, eine vielfältige Dienstleistungsbranche und ein bedeutendes  
19 industrielles Rückgrat beginnend mit der energieintensiven Grundstoffindustrie als  
20 Ausgangspunkt vielfältiger Wertschöpfungsketten. Die Industrie ist und bleibt dabei  
21 wesentliche Grundlage für Wohlstand, sichert vielen Familien ein gutes Einkommen, ist  
22 damit einer der Schlüssel für ein gutes Leben.
- 23 Die Chancen und Risiken für Beschäftigte, Unternehmen und ganze Branchen liegen in  
24 diesem Wandel eng beieinander. Umso wichtiger ist es, dass die Politik diesen Wandel  
25 aktiv begleiten und ihre Handlungsmöglichkeiten für einen gerechten und nachhaltigen  
26 Wandel konsequent nutzen.
- 27
- 28 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden insbesondere
- 29 • von Arbeitgebern und ihren Verbänden betriebliche und branchenbezogene  
30 Transformationsstrategien einfordern. Diese sind mit den Beschäftigten,  
31 Betriebs- und Personalräten und den Gewerkschaften gemeinsam zu entwickeln, mit  
32 dem Ziel tarifliche Beschäftigung zu sichern und auszubauen.
- 33 • gegenüber Arbeitgebern für mehr Investitionen in die Standorte, die Entwicklung  
34 neuer tragfähiger Geschäftsmodelle und für die Stärkung von Forschung und  
35 Entwicklung eintreten.
- 36 • gegenüber den Landesregierungen und Kommunen eine massive, sozial-ökologische  
37 Investitionsoffensive einfordern. Alle Finanzierungsspielräume müssen dafür

- 38 genutzt werden um den nachfolgenden Generationen ein sozial gerechtes und  
39 funktionierendes Gemeinwesen sowie ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen.
- 40 • gegenüber allen norddeutschen Landes-, Bundes- und Europapolitiker\*innen eine  
41 stärkere Beteiligung der Reichen und Vermögenden an der Finanzierung des  
42 Gemeinwesens und des sozialökologischen Wandels einfordern. Dazu fordern wir  
43 neben einem höheren Spitzen- und Reichensteuersatz vor allem die Wiedererhebung  
44 der Vermögensteuer und einer Vermögensabgabe, um die Verteilungsgerechtigkeit zu  
45 stärken und die finanziellen Möglichkeiten der norddeutschen Länder zu erhöhen.
- 46 • Politik und Wirtschaft auffordern, die Perspektiven von Frauen in allen  
47 Entscheidungen zur sozial-ökologischen Transformation einzubeziehen. Dabei  
48 sollen die unterschiedliche Lebensrealitäten von Frauen und Männern, bedingt  
49 durch die ungleiche Verteilung bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit,  
50 berücksichtigt und Arbeitszeitsouveränität im Sinne der Beschäftigten gestärkt  
51 werden.
- 52 • eine gemeinsame aktive Industriepolitik der norddeutschen Länder einfordern,  
53 welche den klima- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen einer  
54 veränderten Geo- und Handelspolitik gerecht wird. Im Zentrum müssen neue,  
55 zukunftsfähige Strategien für eine offensive Industrie-, Innovations- und  
56 Dienstleistungspolitik stehen, die klare Ziele für mehr Klimaschutz, Wachstum,  
57 Investitionen- und Innovationen in Norddeutschland politisch formulieren,  
58 priorisieren und fördern. Diese Strategien sind als Stufenpläne bis 2040/45  
59 branchenbezogen unter der engen Einbeziehung der Sozialpartner auf norddeutscher  
60 Ebene zu entwickeln, um den eng verwobenen Wertschöpfungspotentialen und -ketten  
61 gerecht zu werden.
- 62 • von der Landes- und Kommunalpolitik eine klimagerechte, bezahlbare und sozial  
63 gerechte Energiewende einfordern. Alle drei Ziele sind gleichrangig zu  
64 verfolgen. Die Energiewende unter Einbeziehung aller erneuerbaren  
65 Technologieansätze ist wesentliche Grundlage für die nachhaltige Modernisierung  
66 der norddeutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Wir fordern die in der  
67 Energiewende liegenden Chancen für den Norden konsequent zu nutzen, auch mit  
68 Blick auf die maritime Wertschöpfung und der Entwicklung grüner Leitmärkte.
- 69 • von der Bundespolitik eine nachhaltige Senkung der Strompreise für Bürger\*innen  
70 und Unternehmen genauso einfordern wie die Einführung eines wettbewerbsfähigen  
71 Industriestrompreises für energieintensive und im internationalen Wettbewerb  
72 stehende Unternehmen. Niedrigere Strompreise sind entscheidende Voraussetzung  
73 für die Akzeptanz der Energiewende und für die erfolgreiche klimagerechte  
74 Umstellung von Produktionsprozessen sowie eine erfolgreiche Mobilitäts- und  
75 Wärmewende.
- 76 • von Bund und Ländern eine langfristige Strategie für die soziale Ausgestaltung  
77 der Energiewende einfordern. Die durch den steigenden CO2-Preis bedingten  
78 Preissteigerungen für Heizen, Strom und Mobilität müssen, insbesondere für  
79 einkommensschwächere Haushalte, ausgeglichen werden. Die Länder sind gefordert,  
80 flächendeckend eine Beteiligung der Kommunen sowie der Bürger\*innen an den  
81 Erträgen von Windkraftanlagen sicherzustellen.
- 82 • von der Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europapolitik einfordern, sich für einen

83 schnellen Um- und Ausbau der Energieinfrastrukturen einzusetzen. Dies umfasst  
84 nicht nur Stromnetze, sondern genauso den Aus- und Umbau von Wärme- und  
85 Wasserstoffnetzen. Die Finanzierung muss, auch unter dem Aspekt Guter Arbeit bei  
86 den Netzbetreibern, auskömmlich sowie langfristiger und stärker steuerfinanziert  
87 erfolgen. Eine Modernisierung für Jahrzehnte muss auch über Jahrzehnte  
88 finanziert sein. Die Handlungsfähigkeit kommunaler Unternehmen ist zu stärken  
89 und eine Privatisierung öffentlicher Infrastruktur abzulehnen.

- 90 • von allen norddeutschen Landes-, Bundes- und Europapolitiker\*innen einfordern,  
91 zügig die gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen für die Abscheidung  
92 sowie stärkere Nutzung und Lagerung von schwer bzw. nicht vermeidbaren  
93 Kohlendioxid-Emissionen (CCS/CCU) zu schaffen. Aus heutiger Sicht ist der  
94 Einsatz von CCS/CCU auch unter der Annahme ambitionierter Ansätze zur  
95 Kreislaufwirtschaft, zum Recycling und zur Nutzung alternativer Baustoffe  
96 unerlässlich, um Klimaneutralität zu erreichen. Von den Unternehmen fordern wir  
97 ein gezieltes Carbon-Management, insbesondere in Industrieclustern, um die  
98 Transport- und Lagerbedarfe möglichst gering zu halten.
- 99 • sich auch weiterhin für die Stärkung von Guter Arbeit und die frühzeitige  
100 Einbindung der Beschäftigten als wesentliche Merkmale einer vorausschauenden  
101 Strukturpolitik einsetzen. Regionale Beteiligungsstrukturen sind entscheidend,  
102 um Sicherheit im Wandel und gesellschaftliche Akzeptanz zu gewährleisten.
- 103 • von den norddeutschen Ländern die Umsetzung einer gemeinsamen  
104 Innovationsstrategie, die für eine zügige Implementierung nachhaltiger und  
105 zukunftsfähiger Technologien, Produkte und Dienstleistungen in die norddeutschen  
106 Wertschöpfungsketten sicherstellt und neue Wertschöpfung ermöglicht, fordern.

## Antrag C02: Fördermittelbereitstellung für die Umsetzung der EU-Trinkwasser- und Kommunalabwasserrichtlinie in der Wasserwirtschaft

Antragsteller*in:	IGBCE Nordost
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Transformation, Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik
Antragsblock:	Aufruf C01 - Den sozial-ökologischen Wandel im Norden gestalten

- 1 Wir fordern, dass sich der DGB bei den Landesregierungen im DGB Bezirk Nord dafür einsetzt, dass zur Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie („KARL“) in der Abwasserreinigung und zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung und -qualität neue Förderprogramme (Investitionsförderung) für die Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (auch in den Großstädten) aufgelegt werden.
- 2 Der DGB möge sich für die Unterstützung der Unternehmen der Wasserwirtschaft einsetzen, die durch überarbeitete und damit verschärzte EU-Regelungen und strengere Anforderungen bei der Entfernung von Pharma- und Chemierückständen vor großen Herausforderungen stehen.
- 3 Hierzu gehören auch staatliche Maßnahmen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Implementierung neuer Technologien, um die betroffenen Unternehmen der Wasserwirtschaft zu unterstützen.
- 4 Der DGB möge Strategien und eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Verbänden in Deutschland fördern, um umsetzungsfähige Maßnahmen der Richtlinien zu gewährleisten.
- 5 Die zusätzlichen Anforderungen an die Wasserwirtschaft und damit einhergehende Kostensteigerungen dürfen nicht zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen gehen (z.B. durch Stellenabbau).

## Antrag D01: In Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge investieren

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksvorstand Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	D02, D03, D04, D05, D06
Sachgebiet:	D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge
Antragsblock:	Aufruf D01 - In Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge investieren

- 1    In Zeiten, in denen eine Vielzahl von Krisen und wirtschaftlicher Veränderungsdruck  
2    zu einer großen Verunsicherung führen, müssen unsere sozialen Sicherungssysteme  
3    Sicherheit vermitteln und die wichtigsten Einrichtungen der öffentlichen  
4    Daseinsvorsorge für alle zugänglich sein – unabhängig vom Einkommen oder vom Wohnort.  
5    Ausgaben für einen starken Sozialstaat sind Investitionen in eine nachhaltige,  
6    solidarische und demokratische Zukunft. Damit verhindern wir soziale Spaltung und  
7    sichern Frieden und Wohlstand.
- 8
- 9    Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden insbesondere
- 10   • für Investitionen der Länder und Kommunen in die soziale Infrastruktur  
11   (Gesundheit, Schulen, Sozialarbeit, Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen)  
12   und technische Infrastruktur (u.a. ÖPNV, Ver-/Entsorgung, Breitband) eintreten.  
13   Die nötigen finanziellen Mittel sind durch das Infrastruktur-Sondervermögen und  
14   die Reform der Schuldenbremse bereitzustellen.
- 15   • die personelle und materielle Ausstattung von Kitas, Schulen, Berufliche Schulen  
16   und Hochschulen einfordern, die allen Kindern und jungen Menschen eine gute  
17   Bildung ermöglicht.
- 18   • gegenüber bundespoltischen Entscheidungsträgern auf armutsfeste Renten dringen.  
19   Dazu muss das aktuelle Rentenniveaus von 48 % zügig gesichert und im nächsten  
20   Schritt auf mindestens 50 % erhöht werden. Forderungen nach einer weiteren  
21   Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters werden wir entschieden  
22   entgegentreten. Unternehmen sollen bei der betrieblichen Altersvorsorge stärker  
23   in die Pflicht genommen werden. Der Zugang zur Grundsicherung im Alter muss  
24   erleichtert werden, damit mehr Menschen ihre Ansprüche geltend machen. Die  
25   finanzielle Situation der gesetzlichen Rentenversicherung gilt es, durch eine  
26   konsequente Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen, wie der  
27   Mütterrente, zu stärken.
- 28   • für eine Ausweitung der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und  
29   Pflegekassen einsetzen. Gesamtgesellschaftliche Ausgaben, wie Beiträge für  
30   Bürgergeld-Empfänger\*innen oder pflegende Angehörige, müssen auch aus  
31   Steuergeldern finanziert werden.
- 32   • in den Ländern und Kommunen für eine flächendeckende, niedrigschwellige und  
33   qualitätsgesicherte Gesundheits- und Pflegeversorgung eintreten, die allen  
34   Menschen, unabhängig von Einkommen oder Wohnort zur Verfügung steht. Wir fordern  
35   dabei einen klaren Vorrang für gemeinnützige, tarifgebundene Träger und das Non-

36      Profit-Prinzip.

- 37      • weiterhin auf Bundes- und Landesebene die Verbesserung der Arbeits- und  
38      Ausbildungsbedingungen in der Pflege einfordern, um dem Fachkräftemangel wirksam  
39      zu begegnen.
- 40      • der Diffamierung von SGB II-Leistungsempfänger\*innen mit dem Ziel,  
41      Sozialleistungen abzubauen, entschieden entgegentreten. Das verfassungsrechtlich  
42      garantierte Existenzminimum ist für uns nicht verhandelbar. Gemeinsam mit  
43      unseren Bündnispartnern aus Sozialverbänden und Initiativen werden wir uns auch  
44      weiterhin für die Überwindung von Armut in all ihren Erscheinungsformen  
45      einsetzen.
- 46      • den niedrigschwelligen und dezentralen Zugang zur Arbeits- und  
47      Sozialgerichtsbartigkeit gegenüber den Landesregierungen verteidigen. Eine  
48      Einschränkung des Zugangs zum Recht mit der Begründung vermeintlicher  
49      Einsparpotentiale werden wir nicht zulassen.
- 50      • gegenüber den Landesregierungen und Kommunen für Investitionen in die Schaffung  
51      von bezahlbarem Wohnraum stark machen. Die Kommunen sollen in die Lage versetzt  
52      werden, ihre Möglichkeiten beim Vorkaufsrecht von Bauland konsequent zu nutzen  
53      und eine aktive Bodenpolitik zu betreiben. Alle verfügbaren Maßnahmen zur  
54      Dämpfung der Mieten müssen durch Landesgesetze und -verordnungen ermöglicht und  
55      von den Kommunen umgesetzt werden.
- 56      • von den Landesregierungen und den Kommunen Investitionen in eine moderne,  
57      nachhaltige und leistungsstarke öffentliche Verkehrsinfrastruktur einfordern,  
58      die Mobilität und Teilhabe auch in ländlich geprägten Regionen ermöglicht.

59

## Antrag D02: Förderung der Ausbildung in den Berufen der Kinderbetreuung zur Verbesserung der Erwerbssituation bei Arbeitnehmer\*innen.

Antragsteller*in:	IGBCE Nord
Status:	angenommen als Material zu Antrag D01
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag D01
Sachgebiet:	D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge
Antragsblock:	Aufruf D01 - In Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge investieren

- 1 Die IGBCE sollte sich gesellschaftspolitisch dafür einsetzen, dass mehr in die
- 2 Ausbildung in den sozialen Berufen, gerade was die Erzieher\*innen angeht, investiert
- 3 wird. Dies könnte dazu führen, dass die Betreuungszeiten der Einrichtungen durch mehr
- 4 Personal ausgeweitet werden können und erwerbstätige Beschäftigte aus Teilzeit wieder
- 5 auf Vollzeit wechseln könnten, ohne sich Sorgen um Ihre Kinder machen zu müssen.
- 6 Bitte zur Weiterleitung an die Bezirksdelegiertenkonferenz. Diese möge den Antrag
- 7 über die Landesbezirksdelegiertenkonferenz zum Kongress im Oktober 2025 leiten.

## Antrag D07: Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland

Antragsteller*in:	Vorstand DGB Hamburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	D08, D09, D10, D11
Sachgebiet:	D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge
Antragsblock:	Aufruf D07 - Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland

- 1 Die Bezirkskonferenz des DGB Nord möge beschließen, dass der Bezirksvorstand des DGB Nord aufgefordert ist, einen entsprechenden Antrag an den OBK zu stellen:
- 2 Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich für eine grundlegende Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland ein und arbeitet auf die folgenden Leitsätze hin:
  - 3 1. Der systematische Abbau der Renten in den letzten 25 Jahren muss zukünftig gestoppt werden.
  - 4 2. Stattdessen muss eine Trendumkehr zu einer besseren, höheren, und solidarischen Altersversorgung eingeleitet werden durch Maßnahmen, die dafür sorgen, dass
    - 5 a) der ständige Produktivitätszuwachs auch den Menschen im Alter durch eine gute Versorgung zugutekommt.
    - 6 b) jeder Rentenbeitragszahler am Ende seines Arbeitslebens eine Rente erhält, die deutlich über der Armutsgrenze liegt (Mindestrente).
    - 7 c) dass Frauen durchschnittlich keine geringeren Renten mehr erhalten als Männer.
    - 8 d) höhere Arbeitgeber- als Arbeitnehmerbeiträge zur Finanzierung der Rente gezahlt werden müssen.
    - 9 e) eine Senkung statt einer Erhöhung des Renteneintrittsalters erfolgt.
    - 10 f) versicherungsfremde Leistungen zukünftig nicht mehr aus der Rentenkasse finanziert werden dürfen, sondern aus Steuermitteln genommen werden müssen.
    - 11 g) die Umlage finanzierte Rente als Lebensstandard sichernde Rente er halten bleibt und keine Beiträge in eine, wie auch immer geartete, Kapitalrentenversicherung fließen.
    - 12 h) es eine Rentengarantie durch den Staat gibt!

## Antrag D12: Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters für langjährige Schichtarbeiter

Antragsteller*in:	IGBCE Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge
Antragsblock:	Aufruf D07 - Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland

- 1 Der DGB setzt sich für eine Herabsetzung der gesetzlichen Regelaltersgrenze für solche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, die langjährig Schichtarbeit mit einer regelmäßigen Ableistung von Nachschichten gearbeitet haben. Bei Vorliegen von langjähriger Schichtarbeit, wie z.B. ab 15 Jahre Arbeit in einem Schichtmodell mit Nachschichtarbeit, soll die Regelaltersgrenze herabgesetzt werden bzw. ein früherer Zugang zur Rente ermöglicht werden.

## Antrag D13: Die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung sichern – solidarische Finanzierung stärken

Antragsteller*in:	ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge

1 Der DGB Nord setzt sich für die Umsetzung der folgenden Maßnahmen ein, um eine  
2 zukunftsweise, gerechte Finanzierung von gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und  
3 sozialer Pflegeversicherung (SPV) zu erreichen:

4 Für die GKV

- 5 • Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen  
6 Rentenversicherung West
- 7 • Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln
- 8 • Arznei-, Heil- und Hilfsmittel sind Teil des Grundbedarfes, für sie muss  
9 konsequent  
10 der reduzierte Mehrwertsteuersatz Anwendung finden. [Entlastung strukturell um  
11 mindestens sieben Milliarden Euro]
- 12 • Einbeziehen aller Einkommensarten
- 13 • Eine höhere Beteiligung der Pharmaindustrie an einer Stabilisierung der GKV,  
14 etwa durch Begrenzung von Arzneimittelpreisen und Festpreisfixierungen.
- 15 • Prüfung, ob sich weitere sinnvolle Begrenzungen der Ausgaben der GKVen anbieten,  
16 zum Beispiel durch den Blick auf andere EU-Länder und durch konsequente  
17 Orientierung von Ausgabensteigerungen an einer Verbesserung der Versorgung der  
18 Patientinnen und Patienten.
- 19 • Bemessung der Beiträge von freiwillig Versicherten Soloselbstständigen am realen  
20 Erwerbseinkommen

## Antrag D14: Einführung einer Pflegevollversicherung

Antragsteller*in:	DGB-Kreisverband Vorpommern-Greifswald
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	D15
Sachgebiet:	D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge

- 1 Der DGB-Bezirk Nord wird aufgefordert, sich für die Umwandlung der Pflegeversicherung
- 2 in eine Pflegevollversicherung einzusetzen. In dieser Vollversicherung sind künftig
- 3 alle pflegerischen Leistungen – stationär und ambulant – umfassend abgedeckt, ohne
- 4 verbleibende Eigenanteile für Pflegebedürftige. Die Finanzierung erfolgt solidarisch
- 5 und einkommensabhängig, unter Einbeziehung aller Bürger\*innen entsprechend ihrer
- 6 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Parallel dazu sind die Arbeitsbedingungen in der
- 7 Pflege durch u.a. die Einführung verbindlicher Personalbemessungsstandards,
- 8 tarifvertraglich garantierter Entlohnung sowie den Ausbau von Aus- und
- 9 Weiterbildungsplätzen zu verbessern.

## Antrag D16: Psychische Gesundheit stärken – Stigmatisierung beenden, Versorgung ausbauen

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksjugendausschuss Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	D - Soziale Sicherheit und Daseinsvorsorge

- 1 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich auf allen Ebenen – gesellschaftlich, politisch und betrieblich – für den Abbau von Stigmatisierung psychischer Erkrankungen sowie für eine spürbare Verbesserung der psychosozialen Gesundheitsversorgung ein.
- 5 Psychische Gesundheit ist ein zentrales Thema für alle Beschäftigten – in der Ausbildung, im Studium, im Betrieb, aber auch im Alltag. Der Zugang zu Therapie, Beratung und unterstützenden Angeboten muss unabhängig von Wohnort, Krankenkasse oder sozialem Hintergrund gewährleistet sein. Es darf keinen Unterschied machen, ob jemand in Hamburg oder auf dem Land in Mecklenburg-Vorpommern lebt.
- 10 Wir fordern daher:
  - 11 • Gesellschaftliche Aufklärung und entstigmatisierende Öffentlichkeitsarbeit über psychische Erkrankungen.
  - 13 • Flächendeckender Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum und in unversorgten Regionen (bspw. durch die Erhöhung der Kassensitze).
  - 16 • Kürzere Wartezeiten auf Therapieplätze – bundesweit verbindliche Höchstgrenzen für Wartezeiten.
  - 18 • Niedrigschwellige Angebote an Berufsschulen, Hochschulen und in Betrieben, z. B. über Betriebsärzt\*innen, Sozialdienste, Jugendberufsagenturen oder Gewerkschaftsprojekte.
  - 21 • Stärkere Verankerung psychischer Gesundheit im Arbeits- und Gesundheitsschutz, u. a. durch verpflichtende psychische Gefährdungsbeurteilungen nach dem Arbeitsschutzgesetz. Einbindung des Themas in die politische (Jugend-)Bildung und gewerkschaftliche Aufklärung.

## Antrag E 01: Für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Demokratie stärken, rechte Hetze stoppen

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksvorstand Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik
Antragsblock:	Aufruf E01 - Für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Demokratie stärken, rechte Hetze stoppen

- 1 Der Einsatz für Demokratie ist zentraler Bestandteil der Gewerkschaftsbewegung.
- 2 Bereits aus unserer Geschichte ergibt sich der Auftrag, die demokratischen Werte
- 3 unserer Gesellschaft entschlossen zu verteidigen. Hass und Hetze haben bei uns keinen
- 4 Platz. Mit der Verankerung in Betrieben und Dienststellen sind die Gewerkschaften
- 5 zentraler Bestandteil der Demokratie in Arbeit und Wirtschaft.
- 6 Doch unsere demokratischen Werte sind massiv unter Druck. Antidemokratische Kräfte
- 7 versuchen, die Demokratie und ihre Institutionen verächtlich zu machen und zu
- 8 schwächen. Demokratiefeinde sitzen längst in den Parlamenten und benutzen die
- 9 demokratischen Institutionen selbst, um diese zu unterhöhlen. Ängste der Menschen
- 10 werden bewusst geschürt, um Unsicherheit zu erzeugen und vulnerable Gruppen
- 11 gegeneinander auszuspielen. Gleichzeitig nehmen rechtsextreme Straftaten auch im
- 12 Norden zu. Auch die Gewerkschaften und unsere Kolleg\*innen in den Betrieben und
- 13 Dienststellen sind immer wieder zum Teil massiven Anfeindungen ausgesetzt.
- 14 Diese Entwicklung werden wir nicht hinnehmen und stellen uns einer Normalisierung
- 15 rechtsextremer Positionen entschieden entgegen. Der DGB Nord und seine
- 16 Mitgliedsgewerkschaften schließen deshalb jede Zusammenarbeit mit der AfD aus. Die
- 17 AfD steht nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern
- 18 greift Demokratie, Menschenwürde, Rechtsstaat und die Grundlagen des Sozialstaates
- 19 massiv an.
- 20 Als Gewerkschaften und gemeinsam mit anderen, in Bündnissen und anderen Formen der
- 21 Zusammenarbeit, setzen wir uns aktiv ein für eine demokratische, solidarische und
- 22 offene Gesellschaft. Dies fordern wir auch von den Landesregierungen und den
- 23 Arbeitgebern im Norden. Dabei sind die Gewerkschaften als fester Bestandteil der
- 24 Demokratie zu stärken und demokratische Werte in Wirtschaft und Arbeit breiter zu
- 25 verankern. Gleichzeitig fordern wir die Landesregierungen auf, durch eine Politik der
- 26 sozialen Gerechtigkeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und rechten
- 27 Narrativen den Nährboden zu entziehen.
- 28 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften werden insbesondere
- 29 • konsequent und an jeder Stelle eintreten für Demokratie und Solidarität und sich
- 30 stark machen gegen rechte Hetze, völkischen Nationalismus, Rassismus,
- 31 Antisemitismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit und
- 32 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
- 33 • sich einsetzen für eine Verstetigung und ausreichende Bereitstellung von Mitteln
- 34 für zivilgesellschaftliche Initiative, Netzwerke und Projekte, die sich für
- 35 Demokratie und gegen völkisch-nationalistische oder andere demokratiefeindliche

- 36 Ideologien stark machen. Besondere Aufmerksamkeit muss dabei das Handlungsfeld  
37 Arbeit erfahren. Demokratiefördergesetze auf Länderebene können hierbei  
38 hilfreich sein.
- 39 • weiterhin mit voller Kraft für soziale Gerechtigkeit eintreten. Denn soziale  
40 Gerechtigkeit ist wesentlicher Baustein unserer Demokratie und kann vor dem  
41 Verfangen rechter Hetze schützen. Benachteiligte Gruppen dürfen nicht  
42 gegeneinander ausgespielt werden.
- 43 • sich gegenüber Politik und Arbeitgebern sowie in der Öffentlichkeit dafür  
44 einsetzen, dass Gewerkschaften und Mitbestimmung in Betrieben und Dienststellen  
45 als wichtige Bausteine unserer Demokratie anerkannt und gestärkt werden. Der  
46 Behinderung von Betriebs- oder Personalratsarbeit muss entschieden begegnet  
47 werden. Durch die Einführung einer „Demokratiezeit“ von einer Stunde pro Woche  
48 etwa kann die Mitbestimmung im Betrieb gefördert werden. Wir fordern auch die  
49 Arbeitgeber auf, entsprechende Initiativen zu fördern und Angebote zu  
50 entwickeln.
- 51 • gegenüber den Landesregierungen für eine Erhöhung des Etats für politische  
52 Bildung eintreten.
- 53 • im Sinne einer Stärkung der Schule als Ort der Partizipation und demokratischen  
54 Bildung für attraktive und wirksame Mitwirkungsgremien eintreten. Politische  
55 Bildung ist praxisorientiert und umfassend zu vermitteln; Grundkenntnisse über  
56 Arbeits- und Tarifrecht müssen dabei besonders berücksichtigt werden. Die  
57 Zugangsrechte der Gewerkschaften sind sicherzustellen.
- 58 • dafür eintreten, dass Hass im Netz konsequent verfolgt wird. Die zuständigen  
59 staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen für strafrechtliche  
60 Aufklärung und Verfolgung, einen wirksamen Opferschutz und nicht zuletzt für  
61 Prävention sind entsprechend finanziell und personell auszustatten.
- 62 • für eine lebendige Erinnerungskultur eintreten. Die Verbrechen des  
63 Nationalsozialismus dürfen niemals vergessen werden und müssen uns Mahnung für  
64 eine friedliche und gewaltfreie Zukunft sein. Der 8. Mai als Tag der Befreiung  
65 vom Faschismus ist als Feiertag in den norddeutschen Bundesländern zu  
66 etablieren.
- 67 • die gewerkschaftliche Kooperation über Landesgrenzen hinweg, insbesondere im  
68 Ostseeraum, weiterverfolgen und sich für Verständigung und Frieden stark machen.
- 69 • die Aufnahme, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen befürworten und  
70 unterstützen. Geflüchtete Menschen dürfen nicht für die politischen Ziele  
71 einzelner Parteien missbraucht werden. Es braucht eine gesellschaftliche und  
72 betriebliche Willkommenskultur, um die Integration in Arbeit und Ausbildung zu  
73 fördern. Rechtsstaatliche Prinzipien dürfen nicht aufgeweicht werden.

## Antrag E 02: Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland

<b>Antragsteller*in:</b>	Vorstand DGB Hamburg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik
<b>Antragsblock:</b>	Aufruf E01 - Für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Demokratie stärken, rechte Hetze stoppen

- 1 Die Bezirkskonferenz des DGB Nord möge beschließen, dass der Bezirksvorstand des DGB
- 2 Nord aufgefordert wird, einen gleichlautenden Antrag an den OBK zu stellen:
- 3 Der DGB setzt sich für ein Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland aktiv ein. Bundestag und Bundesrat werden aufgefordert, einen entsprechenden Verbotsantrag
- 4 zu prüfen.

## Antrag E 03: Streichung des §218 StGB!

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksjugendausschuss Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik

- 1 Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für die Streichung des §
- 2 218 StGB aus dem Strafgesetzbuch ein und fordern den Schwangerschaftsabbruch
- 3 außerhalb des Strafrechts zu regeln. Der DGB Nord soll sich öffentlich für die
- 4 Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen, politische Bündnisse mit
- 5 Initiativen und Organisationen eingehen und Aufklärungsarbeit in der eigenen
- 6 Bildungsarbeit leisten.
- 7 Mögliche Maßnahmen dafür sind:
  - 8 • Öffentliche Stellungnahmen
  - 9 • Unterstützung zivilgesellschaftlicher Bündnisse, die sich für reproduktive
  - 10 Rechte einsetzen
  - 11 • Entwicklung gewerkschaftlicher Bildungsformate zu reproduktiver Gesundheit
  - 12 • Dialog mit politischen Entscheidungsträger\*innen zur Entkriminalisierung von
  - 13 Schwangerschaftsabbrüchen
  - 14 • Vernetzung mit feministischen Organisationen zur solidarischen Zusammenarbeit

## Antrag E 04: Einführung flexibler Zeitkontingente für das Ehrenamt

Antragsteller*in:	IGBCE Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik

- 1 Der DGB möge sich für eine gesetzliche Freistellung für ehrenamtliche Tätigkeiten in gesellschaftlichen und politischen Bereichen (z.B. Gewerkschaftsarbeit, Sportverein), durch Einführung von flexibel nutzbaren Zeitkontingenten einsetzen.
- 2 Diese Freistellung muss als bezahlte Freistellung erfolgen. Wir schlagen als Größenordnung in Summe 10 Arbeitstage pro Jahr hierfür vor.

## Antrag E 05: Wissen ist kein Luxus - Mecklenburg-Vorpommern braucht Bildungsurwahl!

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksjugendausschuss Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik

- 1 Bildungsurwahl muss ein selbstverständliches Werkzeug für ein starkes, demokratisches und zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern sein.
- 2 Deswegen setzt sich der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften auf allen Ebenen dafür ein, dass die Anerkennung von Bildungsurlauben in Mecklenburg-Vorpommern gestärkt wird und die Ablehnungen bzw. die Ablehnungsgründe von Anerkennungsanträgen geprüft werden.

## Antrag E 06: „Gewalt an Schulen gemeinsam bekämpfen“

Antragsteller*in:	GEW Schleswig-Holstein, ver.di Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik
Antragsblock:	Aufruf E06 - „Gewalt an Schulen gemeinsam bekämpfen“

1 Die Konferenz möge beschließen:

2 Der DGB Nord initiiert eine Kampagne zum Thema „Gewalt an Schulen gemeinsam  
3 bekämpfen“. Der DGB-Bezirksvorstand wird aufgefordert, hierzu gemeinsam mit den  
4 Gewerkschaften ein länderübergreifendes Konzept zu entwickeln. Beispielsweise kann  
5 hierzu eine Auftaktkonferenz aller Akteure stattfinden. Dort kann ein  
6 Forderungspapier diskutiert und verabschiedet sowie das Vorgehen für politische  
7 Interventionen und weitere geeignete Maßnahmen entwickelt werden.

8 Gewalt an Schulen – sei es körperliche Gewalt, Mobbing oder Cybermobbing – gefährdet  
9 das Wohl von Schüler\*innen und Beschäftigten erheblich. Allgemein- und berufsbildende  
10 Schulen müssen ein angstfreier Lernort sein – Schulgemeinschaften brauchen Schutz vor  
11 Gewalt. Es bedarf hierbei eines ganzheitlichen, nachhaltig finanzierten Ansatzes zur  
12 Prävention und Intervention. Zentrale Punkte sind der Ausbau von  
13 Präventionsprogrammen, die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendämtern  
14 und Schulsozialarbeit sowie eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive mit  
15 regelmäßigen Fortbildungen für alle Beteiligten. Außerdem sind aufgaben- bzw.  
16 bedarfsgerechte personelle Ressourcen für kleinere Klassen, psychosoziale  
17 Unterstützung und Jugendhilfearbeit erforderlich.

18 Der DGB Nord setzt sich insbesondere für folgende konkrete Maßnahmen ein:

19 **1. Ausbau und dauerhafte Finanzierung von Präventionsprogrammen:** Bund, Länder und  
20 Kommunen sollen umfassende Präventions- und Interventionsangebote an Schulen  
21 unterstützen und finanzieren, die auch Jugendämter und weitere soziale Dienste  
22 einbinden.

23 **2. Stärkung der Zusammenarbeit mit Jugendämtern:** Schulen und Jugendämter sollen  
24 dazu befähigt werden verbindliche Kooperationsstrukturen zu entwickeln und zu  
25 etablieren, um schnelle Hilfen in Gewaltfällen sicherzustellen. Es muss Zeit und  
26 entsprechende personelle Ausstattung für verlässliche Zusammenarbeitsstrukturen  
27 geben.

28 **3. Verbesserte psychosoziale Unterstützungsangebote:** Schulsozialarbeit und  
29 Jugendämter müssen eng zusammenarbeiten und flächendeckend mit ausreichend  
30 Personal ausgestattet sein. Die Möglichkeiten niedrigschwellig  
31 psychologisch/therapeutisches Personal hinzuziehen zu können, müssen deutlich  
32 verbessert werden.

33 **4. Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen:** Für kleinere Klassen und  
34 ausreichendes pädagogisches Personal zur Gewährleistung eines sicheren und  
35 unterstützenden Lernumfeldes ist eine deutliche Aufstockung notwendig. Darüber  
36 hinaus brauchen Schulen Möglichkeiten, um bspw. mit einem gemeinsamen, flexiblen  
37 Schulbudget standort- und bedarfsspezifisch multiprofessionelles Personal z.B.

38 für gezielte Projektarbeit einsetzen zu können.

39 **5. Räume für sicheres Lernen:** Schulen brauchen die räumlichen und personellen  
40 Möglichkeiten, temporär-intensivpädagogische Maßnahmen an jedem Schulstandort  
41 für Schüler\*innen der eigenen Schule einzurichten. Wenn die Sicherheit an der  
42 Schule es erfordert, kann ggf. eine temporäre Beschulung an einem anderen Ort  
43 erfolgen. Die Anbindung an die Klassengemeinschaft muss dabei bestehen bleiben.  
44 Die Begleitung in dieser Maßnahme muss den\*die Schüler\*in und die Eltern  
45 umfassen.

46 **6. Erhalt, Stärkung und Ausbau vielfältiger außerschulischer  
47 Unterstützungsstrukturen auch im ländlichen Raum:**

- 48 • eine ausreichende Anzahl an Plätzen idealerweise in wohnortnahmen ambulanten  
49 Angeboten der Jugendhilfe, aber auch in Wohngruppen.
- 50 • eine Ausweitung des psychotherapeutischen und kinder- bzw.  
51 jugendpsychiatrischen Versorgungsangebots.
- 52 • flächendeckend Ansprechpartner\*innen bei der Polizei für die Zusammenarbeit  
53 im Kinder- und Jugendbereich sowie mit den Schulen.

## Antrag E 07: Kinder und Jugendliche gegen Hate-Speech und Fake News stark machen

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik
Antragsblock:	Aufruf E06 - „Gewalt an Schulen gemeinsam bekämpfen“

- 1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord soll sich dafür einsetzen, dass in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg Medienerziehung in Schulen stärker als bisher darauf ausgerichtet wird, Kinder und Jugendliche gegen Hate-Speech und Fake News stark zu machen und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
- 2 Dies umfasst:
  - 3 • Prävention von Hate Speech durch Vermittlung guter Umgangsformen in Internet und sozialen Medien (Netikette)
  - 4 • Vermittlung von Strategien, wie sich gegen Hate Speech gewehrt werden kann
  - 5 • Vermittlung des Erkennens von Fake News und Möglichkeiten des Entgegenwirkens
  - 6 • Kritische Reflektion der im Internet verbreiteten Geschlechterklischees
  - 7 • Sensibilisierung und Aufklärung von Eltern zur Thematik, z.B. durch Elternabende mit Medienpädagog\*innen
  - 8 • Kennenlernen und Einüben von demokratischen Diskursen
- 9 Damit Lehrkräfte diese Aufgaben auch leisten können, bedarf es sowohl der entsprechenden Fortbildungsangebote als auch einer zeitlichen Entlastung an anderer Stelle. Ebenso müssen entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit flächendeckend medienpädagogische Elternabende stattfinden können. Auch in Jugendzentren und anderen Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche sollten Ressourcen für Präventionsarbeit und Hilfe gegen Hate-Speech und Fake News zur Verfügung stehen.

## Antrag E 08: Verfassungsgerichte schützen!

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksfrauenausschuss Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik
Antragsblock:	Aufruf E01 - Für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Demokratie stärken, rechte Hetze stoppen

- 1 Der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Nord soll sich dafür einsetzen, dass in den
- 2 Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg Maßnahmen
- 3 ergri[en werden, die die Verfassungsgerichte der Länder vor Einflussnahme durch die
- 4 AfD schützen.
- 5 Vorbild können hier die Gesetzesänderungen sein, die das Bundesverfassungsgericht
- 6 schützen sollen.

## Antrag E 09: Für Frieden und gegen Wehr- und Pflichtdienst!

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksjugendausschuss Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	E - Demokratie, Solidarität und Gesellschaftspolitik
Antragsblock:	Aufruf E09 - Für Frieden und gegen Wehr- und Pflichtdienst!

- 1 In der aktuellen Debatte um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas, die  
2 mit Verweis auf die globale Sicherheitslage geführt wird, kehrt ein altbekanntes  
3 Instrument zurück auf die politische Agenda: die Wehrpflicht. Wieder einmal soll die  
4 junge Generation für geopolitische Spannungen und Versäumnisse der Vergangenheit in  
5 die Pflicht genommen werden. Wir sehen bereits jetzt, dass Bildungseinrichtung dafür  
6 genutzt werden junge Menschen zu werben, um einen Dienst bei der Bundeswehr  
7 abzuleisten. Mit ihrer Werbestrategie wird Krieg nicht nur verharmlost, sondern in  
8 vielen Fällen glorifiziert.
- 9 Der DGB Nord lehnt das entschieden ab. Unser Selbstverständnis hat sich seit der  
10 Abschaffung der Wehrpflicht nicht verändert: Die Wehrpflicht – ebenso wie jede andere  
11 Form von Pflichtdienst – stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die vom  
12 Grundgesetz garantierte persönliche Freiheit dar. Zudem besteht die reale Gefahr,  
13 dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller Probleme im Sozial- und  
14 Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert bestehendes Fachpersonal und darf  
15 nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte missbraucht werden.
- 16 Auch bei freiwilligen Diensten wie dem FSJ und FÖJ dürfen junge Menschen nicht als  
17 Ersatz für Fachkräfte oder als billige Arbeitskräfte herhalten. Der DGB Nord betont  
18 die Notwendigkeit der Arbeitsmarktneutralität: Freiwilligendienste sollen der  
19 Orientierung und dem gesellschaftlichen Engagement dienen, nicht der Substitution  
20 regulärer Beschäftigung. Dafür braucht es bessere Arbeitsbedingungen, eine deutlich  
21 höhere Entschädigung sowie ausreichend finanzielle Mittel für gemeinnützige Träger –  
22 etwa zur Beschäftigung von pädagogischem Begleitpersonal. Zudem müssen Freiwillige  
23 betriebliche Mitbestimmungsrechte in ihren Einsatzstellen erhalten und durch eine  
24 strukturierte Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene gestärkt werden.
- 25 **Der DGB Nord und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern:**
- 26 • Es darf keinerlei Wehr- oder Pflichtdienste geben.  
27 • Keine Werbung der Bundeswehr an Bildungseinrichtungen. Keine Werbung für Krieg.

## Antrag I01: Hände weg vom JArbSchG

Antragsteller*in:	Anna Bauer (NGG)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Initiativanträge

1

2

3 Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist die zentrale gesetzliche Grundlage, um  
4 Minderjährige vor Überlastung und Gefährdungen zu schützen. Eine Aufweichung des  
5 Jugendarbeitsschutzgesetzes werden wir nicht hinnehmen!

6 Wir fordern die Bundesregierung auf, das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht zu  
7 verschlechtern. Diese Errungenschaft der Gewerkschaftsjugend lassen wir uns nicht  
8 nehmen! Mecklenburg-Vorpommern – also Initiatorin dieses Prozesses – muss hier eine  
9 besondere Rolle einnehmen. Als DGB Nord fordern wir die Landesregierung Mecklenburg-  
10 Vorpommerns auf, die Arbeits- und Sozialministerkonferenz zu nutzen, um konkrete  
11 Verbesserungsvorschläge im Sinne der Minderjährigen für eine „Modernisierung“ und  
12 „Anpassung“ zu erarbeiten. Dies muss in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen  
13 selbst, d.h. den Jugendlichen und ihren Interessenvertretungen (JAVen,  
14 Gewerkschaftsjugend, Gewerkschaften) geschehen.

15